Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 54. | Dresden, Freitag den 7. März 1913. | 24. Jahrg.

Die österreichischen Industriellen gründeten eine Streikversicherung.

In der französischen Kammer protestierten die Sozialdemokraten stürmisch gegen den Gesetzentwurf über die dreijährige Dienstzeit.

Bei der Einnahme von Janina machten die Griechen 2000 Gefangene.

Die Times melden griechisch-bulgarische Reibereien, in den Griechen mehrere Verwundete kosteten.

In Kairo sind durch eine große Feuersbrunst 5000 Menschen obdachlos geworden.

Fort mit dem Vorrecht der Einjährigen!

Eine der trostlosesten Erscheinungen in dem wilden Rüstungstaumel, der Europa befällt, ist die Rückkehr Frankreichs zur dreijährigen Dienstzeit. Die Franzosen sehen sich durch die gewaltigen Heeresverstärkungen, die in Deutschland vorbereitet werden, schwer bedroht. Sie sind nicht imstande, die Zahl der alljährlich einzustellenden Mannschaften zu erhöhen, ihr Rekrutierungsmaterial ist schon seit Jahren übermäßig in Anspruch genommen. Mit schnellem Entschluß wollen sie deshalb die Erhöhung der Heeresstärke durch Verlängerung der Dienstzeit ermöglichen. Frankreich glaubt diese Maßnahme treffen zu müssen, obschon kein Zweifel darüber ist, daß sie kulturfeindlich im schlimmsten Maße ist. Da zur militärischen Ausbildung zwei Jahre mindestens genügen, so ist das dritte Dienstjahr nichts als Raub an der volkswirtschaftlichen Arbeit, nichts als unsinnige Verschwendung von Gesundheit und Kraft des Volkes. Es ist auch kein Zweifel, daß das dritte Dienstjahr auf zahlreiche junge Leute, da sie eigentlich nichts mehr zu lernen haben, eine moralisch sehr ungünstige Wirkung ausüben wird. Aber Frankreich will all diese Opfer und Gefahren auf sich nehmen, um an stets bereiter Truppenzahl hinter dem Nachbarn Deutschland nicht zu weit zurückzubleiben.

Indem die Franzosen zur dreijährigen Dienstpflicht zurückkehren, bekennen sie sich aber zugleich zu dem löblichen Grundsatz, daß alle Söhne des Volkes in gleicher Weise die schwere Pflicht auf sich nehmen sollen. Wie in Frankreich seit Jahren für alle die zweijährige Dienstzeit besteht, so sollen auch alle jungen Leute gleichmäßig das dritte Dienstjahr auf sich nehmen. Die Franzosen sagen mit Recht: Wenn schon die dreijährige Dienstzeit sein muß, dann soll sie auch streng und unbedingt für alle durchgeführt werden. Kein Student, kein Sohn eines Wohlhabenden soll besser behandelt werden als der Sohn des Arbeiters oder Bauern. In früherer Zeit, als noch die dreijährige Dienstzeit bestand — bis 1905 — gab es eine Menge Dispensationen für die besser gestellten Schichten, im neuen Gesetz soll es keinerlei Dispensationen geben.

Nun wohlan — wie soll es bei uns in Deutschland mit dem Vorrecht der Einjährigen werden? Wenn in Frankreich der Grundsatz des gleichen Rechts die Last des dritten Dienstjahres auf alle Dienstpflichtigen legt, soll da bei uns das alte Unrecht des Einjährigen-Vorrechts fortdauern? Sollen nicht auch bei uns die jungen Leute der wohlhabenden Klassen den zweijährigen Dienst auf sich nehmen müssen, den die große Menge unserer jungen Leute zu tragen hat?

Wir Sozialdemokraten sind der Ueberzeugung, daß in Frankreich und in Deutschland die Dienstzeit allgemein bedeutend verkürzt werden kann und verkürzt werden muß. Wir sind der Ansicht, daß die kriegsmäßige Ausbildung — besonders bei geeigneter Jugendvorbildung — in viel kürzerer Zeit als in zwei Jahren erfolgen kann, und wir sind ferner der Ansicht, daß das Aufgebot des Volksheeres mit kürzerer Dienstzeit zur Verteidigung des Landes, falls es nötig werden sollte, am besten geeignet ist. Wenn aber der heutige Militarismus die Verkürzung der Dienstzeit ablehnt, wenn er behauptet, zwei Jahre seien die Mindestzeit zur Ausbildung der Soldaten, nun gut — so sollen alle Wehrpflichtigen zwei Jahre bei der Fahne stehen!

Unsere Forderung erhält noch in besonderem Maße eine Bekräftigung durch die deutschen Militärschriftsteller, die die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich als eine für die militärische Ausbildung ausgezeichnete Maßnahme ausgeben. Zum Beispiel schätzt der militärische Mitarbeiter der rüstungstollen Täglichen Rundschau, Herr Litzmann — wenn wir nicht irren Generalmajor —, die dreijährige Dienstzeit als einen enormen Gewinn für Frankreich ein. Er schreibt:

„Die Ausbildung zum selbständigen Einzelkämpfer wird gründlicher, die Erziehung zum selbständigen Soldaten wird erfolgreicher sein! Das französische Heer wird sich damit um einen guten Schritt dem Berufsheer früherer Zeiten nähern, dessen Mitglieder sich in ganz anderem Maße als Soldaten fühlten, wie das bei kurzer Dienstzeit zu erreichen ist. Die Begriffe der Soldatenehre, des Korpsgeistes, der Kameradschaft werden erhöhtes Verständnis finden, und dadurch wird die moralische Kraft des französischen Heeres wachsen . . .

Die Franzosen wollen aber auch bei Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit keine Ausnahme, keine Vergünstigung gelten lassen; jeder einigermaßen dienstfähige junge Mann soll drei volle Jahre bei der Fahne bleiben.

Man stelle sich vor, was es für das französische Heer bedeutet, wenn diese Maßnahme mit rücksichtsloser Strenge auf die gesamte Intelligenz des Volkes ausgedehnt wird! Im schroffen Gegensatz zu unserm **fachmännisch sehr anfechtbaren einjährig-freiwilligen Dienst** wird in Frankreich jeder nach Erziehung und Bildung zum Führer geeignete junge Mann eine durchaus gründliche militärische Ausbildung erhalten! Welch ein überreiches Material an wahrhaft kriegstüchtigen Reserve-Offizieren wird der französischen Heeresleitung erwachsen! Wir werden in dieser Beziehung keinen Vergleich aushalten können!"

Diese Ausführungen sind sehr beachtenswert. Der Militärmann der Täglichen Rundschau zieht freilich nicht die unvermeidlichen Folgerungen aus seiner Darlegung, er muß aber gestatten, daß wir es tun. Wenn es wahr ist, daß die Verlängerung der Dienstzeit die militärische Leistungsfähigkeit erhöht, so müßten gerade unsere Militaristen von ihren eigenen Auffassungen aus unbedingt die Aufhebung des Einjährigen-Vorrechtes fordern und durchsetzen. Herr Litzmann erklärt selbst, daß der einjährig-freiwillige Dienst fachmännisch sehr anfechtbar ist, — wie wollen es dann die Militaristen verantworten, daß das Uebel nicht beseitigt wird?

Fürsten und Minister und Parteiführer reden jetzt jeglichen Tag von der Opferwilligkeit, die in diesen ernsten Zeiten bewiesen werden müsse. Man tut sich schon im voraus unendlich viel zugute, daß die Besitzenden vielleicht auch einmal einen Beitrag zu den Heereskosten leisten sollen. Aber wenn da von Opferbereitschaft geredet wird, so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß das Vorrecht der Einjährigen beseitigt werden muß.

Wenn dem deutschen Volke jetzt die ungeheure Last einer Heeresvorlage zugemutet wird, gegen die jede frühere Vorlage eine Bagatelle war, so **stellen wir nachdrücklicher denn jemals die Forderung, daß auch bei uns das Vorrecht der Einjährigen aufgehoben wird.** Das wäre wenigstens der Anfang zu gerechten Einrichtungen in der Armee, — es gibt da noch sehr viel mehr Unrecht, das beseitigt werden muß.

Wir sind begierig, ob die jetzt sich laut spreizende vaterländische Opferwilligkeit der Vermögenden dazu hinreichen wird, diese elementare Forderung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung zu erfüllen!

Der Kampf um die dreijährige Dienstzeit.

gr. **Paris**, 5. März.

Deutschlands Reichsregierung hat es fertig gebracht, was den reaktionären Generalen, die dem leitenden Stab der französischen Armee angehören und denen das Gesetz von 1905, das die zweijährige Dienstzeit einführte, stets ein Dorn im Auge war, nie gelungen wäre: die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit — werden sie jetzt spielend leicht erreichen. Denn die Nachrichten, die aus Deutschland über die dort bevorstehende Aufrüstung kommen, haben selbst die friedliebendsten Bürger erschreckt. „Mehr als 3 Milliarden werden die neuen deutschen Militärgesetze kosten", verkündet der Matin. Und das Echo de Paris rechnet aus, daß in fünf Jahren die deutsche Armee mit den Marinesoldaten zusammen 965 000 Mann betragen wird.

Die Stimmung, die dadurch im Land geschaffen wurde, hat der Oberste Kriegsrat benützt, um einstimmig die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit als das einzige Mittel zu bezeichnen, das geeignet sei, das Gleichgewicht herzustellen. Die reaktionäre und gemäßigte Presse ist darüber begeistert, während sich die radikale Presse im allgemeinen sehr zurückhält, und die Lanterne sogar betont, daß weniger radikale Maßnahmen zuerst angewandt hätten werden müssen. Die sozialistische Partei und die Gewerkschaften werden ihre Aktion gegen den militaristischen Taumel in verstärkter Weise fortsetzen. Die Humanité, deren Verkauf in diesen Tagen bezeichnenderweise rapid in die Höhe geht, führt täglich einen scharfen Feldzug gegen den Chauvinismus und gegen die Aufrüstung. Die Bataille Syndicaliste veröffentlicht einen neuen Aufruf der C. G. T., in dem die ihr angeschlossenen Organisationen des ganzen Landes eingeladen werden, Manifestationen gegen die dreijährige Dienstzeit zu veranstalten, und der Satz wiederholt wird, daß die Annäherung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk die einzige Möglichkeit bilde, um dem für das Proletariat mörderischen Wettrüsten ein Ende zu machen . . . Das wird natürlich die deutsche nationalistische Presse nicht hindern, von dem „einigen französischen Volk" zu sprechen, genau wie die bürgerliche Presse Frankreichs fortfährt, von großem Enthusiasmus der gesamten deutschen Bevölkerung zu berichten.

In eine peinliche Lage geraten die radikalen Abgeordneten und Senatoren. Dem „einstimmigen Spruch" des Obersten Kriegsrats Widerstand entgegenzusetzen und ihrem demokratischen Programm treu zu bleiben, fehlt ihnen der Mut und die Ueberzeugung; mit der Annahme der dreijährigen Dienstzeit reißen sie jedoch eines der wichtigsten Gebäude der sowieso nicht allzu stattlichen Reformen, die sie seit ihrer Herrschaft durchführten, zusammen. Sie wissen außerdem, daß der Kleinbauer, der fern von der Hauptstadt ist, der wildesten Stimmungsmacherei der Presse zum Trotz, seinen Haß gegen die dreijährige Dienstzeit bewahrt und geneigt sein könnte, sich an den Radikalen zu rächen für das neue Geschenk bei den nächsten Wahlen.

Der Gesetzentwurf vor der Kammer.

Paris, 6. März.

Der Kriegsminister Etienne legte der Kammer einen Gesetzesvorschlag für die dreijährige Dienstzeit vor. Der Bericht sagt:

Es ist die Pflicht einer Regierung, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt ist, sich der Lösung des militärischen Problems, das Frankreich jetzt gestellt ist, zu widmen. Bei der augenblicklichen europäischen Lage, während die meisten Völker in voller Aktionsfreiheit Maßregeln zu ergreifen für notwendig erachtet haben, ist die Stunde für uns gekommen, zu untersuchen, ob nichts uns gegenüber sich verändert hat, und, wenn ja, für unsere militärischen Einrichtungen die Maßregeln zu treffen, wodurch sie sich den unvorhergesehenen Verpflichtungen anpassen können. Die Unterlegenheit unserer Effektivstände gegenüber den entsprechenden Festsetzungen der großen fremden Armeen wird verschärft durch die jüngsten Maßnahmen zur Vermehrung unserer Aktionsmittel. Die Vermehrung oder Schaffung von notwendigen Einheiten, besonders einer Fliegerabteilung, haben die normalen Kontingente noch mehr geschwächt, so daß die Gefahr besteht, daß die Offensivkraft der mobilisierten Truppen vermindert wird. Die Kavallerie ist durch den Mangel an Leuten, besonders aber an ausgebildeten Soldaten geschwächt. Die Erfahrung hat unbestreitbar bewiesen, daß zwei Jahre für ihre Ausbildung nicht genügen. Administrative oder finanzielle Mittel würden nur einen für das Land gefährlichen Notbehelf darstellen. Die Sorge für die Sicherheit des Landes fordert eine Erhöhung des Effektivbestandes durch Verlängerung der Dienstdauer. Der Bericht weist darauf hin, daß die Regierung einen dreißigmonatigen Dienst oder die Einberufung der Kontingente in zwei Abteilungen als ungenügend oder unpraktisch abgelehnt hat. Es gibt nur eine Lösung des Problems, nämlich die, welche Frankreich durch das gleichzeitige Vorhandensein dreier Jahrgänge unter den Fahnen einen Friedensbestand gibt, der nötig ist für jederzeitigen Schutz und namentlich für die wesentliche Sicherheit zu Beginn einer Mobilisierung. Eine einzige Abweichung von dem allgemeinen dreijährigen Dienst wird durch das ernste Problem der Entvölkerung gerechtfertigt werden. Die Soldaten, die Familien mit fünf oder sechs Kindern angehören, dürften die Vergünstigung einer Dienstverkürzung um sechs bis zwölf Monate erhalten. Wir werden den Friedensstand der mit der Waffe Dienenden um ungefähr 160 000 Mann vermehren können. Wir werden so gleichzeitig mit den günstigen Ergebnissen für die Einheiten der Deckungstruppen eine notwendige, genügende und in der gegenwärtigen Stunde imponierende Anstrengung verwirklichen.

Diese Anstrengung duldet weder einen Aufschub in der Ausführung noch eine Milderung im Prinzip und in der Anwendung. Die gegenwärtig unter den Fahnen stehenden Jahrgänge werden infolgedessen ihren Dienst verlängern müssen. Wenn das Parlament im klaren Bewußtsein seiner Pflichten gegen das Land entscheidet, wird es bekräftigen, daß der Militärdienst weniger eine Steuer ist, die Herabsetzungen und Milderungen zuläßt, als vielmehr die höchste Verpflichtung des Bürgers gegen sein Vaterland. Nach Artikel 33 des Gesetzes von 1905 konnte unter außergewöhnlichen Umständen eine Jahresklasse unter den Fahnen behalten bezw. zurückberufen werden. Infolge der Beschaffenheit des Effektivstandes und der allgemeinen europäischen Lage erscheint dies als dauernde Notwendigkeit. Die Regierung verzichtet deshalb auf die vom Artikel 33 gewährte Befugnis, die wegen ihres außerordentlichen Charakters Gefahren enthielt, und fordert durch das neue Gesetz das Recht, den in diesem Artikel aufgestellten Grundsatz ständig durchzuführen. Der Entwurf sieht ferner einige weniger bedeutende Veränderungen an dem Gesetz von 1905 vor, die die Erfahrung als notwendig erwiesen hat, so die Musterung der Rekruten ein Jahr vor der Einstellung und die Möglichkeit, daß gewisse französische Soldaten in Afrika 15 Jahre unter den Fahnen bleiben. Das Exposé enthält dann die Versicherung, die Regierung sei der Ueberzeugung, für die Sicherheit Frankreichs und den Frieden Europas zu arbeiten, der eng mit dem Gleichgewicht der diplomatischen und militärischen Kräfte der großen Nationen verknüpft sei.

Der Protest der Sozialisten.

Sofort nach den ersten Worten des Ministers erhob die Linke einen derartigen Lärm, daß es unmöglich war, den Kriegsminister weiter zu verstehen. Der Präsident Deschanel versuchte vergebens die Ruhe wieder herzustellen. Vaillant gab das Zeichen zum Tumult, indem er rief: Wir protestieren! Jaurès fügte hinzu: Es ist Wahnsinn. Eine ganze Anzahl Sozialisten lärmten; man hörte Worte wie: Verbrecher! Nieder mit der Reaktion! Die Deputierten der Rechten, dann auch die der Linken und des Zentrums klatschten dem Minister lebhaften Beifall, der darauf wartete, daß die Ruhe wiederkehre. Mehrere Sozialisten sprangen auf und beschimpften den Kriegsminister; sie klapperten mit den Pultdeckeln, während der Kriegsminister trotz des Lärms die Vorlage weiter vorlas. Der Zwischenfall dauerte etwa 20 Minuten. Die Gemäßigten und Konservativen schienen von der Kundgebung ganz verblüfft, und sie rafften sich erst nach einigen Augenblicken zu Protestrufen auf. Sie riefen den Sozialisten zu: Nieder mit den Verrätern! Geht in den Landtag Preußens!

Die Vorlage wurde schließlich an die Armeekommission verwiesen.

Janina gefallen!

Tschataldscha, Adrianopel, Skutari, Janina, — das waren seit Lüleh Burgas die letzten Bollwerke des türkischen Widerstandes. Jetzt ist das von den Griechen so lange erfolglos berannte Janina in die Hände der Angreifer gefallen. Lange haben sich die Reste der versprengten türkischen Westarmee im Epirus tapfer gehalten. Nun mag sie wohl mehr der Proviant- und Munitionsmangel, als der in den Athener Telegrammen schwülstig gerühmte „griechische Elan" zur Uebergabe gezwungen haben.

Der Konstantinopler Regierung aber wird der Fall Janinas den Friedensabschluß wesentlich erleichtern.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130307/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG